

Sozialverträgliche „Klimaneutralität“ ist unmöglich



Von WOLFGANG HÜBNER | Seit der Flutkatastrophe hat „Klimapolitik“ wieder verstärkt Konjunktur. Nach dem Baerbock-Desaster wird die Grünen-Partei bis zur Bundestagswahl im September alle Hebel in den ihr so überaus geneigten Medien in Bewegung setzen (lassen), um dem Wahlvolk einzuhämmern: Der menschengemachte Klimawandel auf der Welt muss unter allen Umständen und zu jedem Preis zumindest in Deutschland gebremst werden. Es ist übrigens ausgerechnet die antinationalste politische Kraft hierzulande, die in Sachen Klima und Energie mit einem völlig realitätsfernen, engstirnig nationalistischen Kurs Punkte zu machen versucht. Denn das kleine Deutschland, das schon seine Landesgrenzen nicht kontrollieren will, kann natürlich weder dem Wetter noch dem Klima irgendwelche Grenzen setzen.

Doch die Grünen-Partei hat es leicht, solchen Unsinn zu verbreiten. Denn auch die anderen etablierten Parteien haben sich längst in unterschiedlichem Ausmaß der irrationalen Klimareligion unterworfen. Und das Bundesverfassungsgericht, fest in den Händen dieser Parteien, hat das bekanntlich höchstrichterlich abgesegnet. Zwar weiß niemand, wie die jetzigen und erst recht die künftigen benötigten gigantischen Energiemengen nach dem Ausstieg aus Atom- und Kohlekraftwerken in Deutschland produziert werden sollen. Aber wer die Probleme aus religiöser Sicht betrachtet, den muss das auch nicht

unbedingt kümmern. Schließlich gibt es Staaten, die weiter auf Atomkraft, Kohle oder Gas setzen und mit Energielieferungen in das gelobte Land der Windkraftfanatiker gerne Geld verdienen.

Bezahlen müssen all das die vielen Millionen Energieverbraucher in dem am dichtesten besiedelten Deutschland, das es je gab. Damit aber nicht genug: Da nun sogar das irrsinnige Ziel einer sogenannten „Klimaneutralität“ zwischen Flensburg und Konstanz angestrebt wird, sollen in allen Bereichen von Wirtschaft, Verkehr und alltäglichem Leben Maßnahmen durchgesetzt werden, die eines ganz sicher sein werden – nämlich teuer! Das wissen alle politischen Parteien und Akteure nur zu genau. Doch darüber reden wollen sie gerade deshalb äußerst ungern. Ein Grund mehr, es zu tun. Denn die angestrebte „Klimaneutralität“ wird ja nicht für ihre politischen und wirtschaftlichen Profiteure teuer, sondern für die Steuerzahler und Energieverbraucher, also die überwältigende Mehrheit der Deutschen.

Da zumindest beim eigenen Geld oft die Bereitschaft ins Stottern oder gar Stocken gerät, sich auf politische Abenteuer wie zum Beispiel die „Klimaneutralität“ einzulassen, sind die klimabewegten Parteien sehr bemüht, keine Unruhe unter den Wählern aufkommen zu lassen. Selbst die Grünen-Partei will die zu erwartenden Belastungen „sozialverträglich“ machen. Und ihre etablierten Konkurrenten stoßen mit unterschiedlicher Lungenkraft ins gleiche Horn. All das ist aber nicht mehr als bewusste politische Irreführung. Denn selbst bei nur oberflächlicher Betrachtung der Problematik wird klar: Die „Klimaneutralität“ wird für den größten Teil der Deutschen mit deutlichen Einbußen beim Einkommen sowie Konsumverzicht verbunden sein. Denn der deutsche Staat kann die Belastungen unmöglich „sozialverträglich“ auch nur abfedern, geschweige denn ausgleichen.

Da nun die Politik wie die Medien das Klima-Thema instrumentalisieren, um von den wirklichen Ursachen sowie der katastrophalen Organisation der Flutbekämpfung abzulenken, ist

es selbst für etwas besserverdienende Deutsche, erst recht aber für die Massen von Normal- und Geringverdiener, bei ihrer Wahlentscheidung wichtig zu wissen, welchen Preis die Weltrettung des Klimas fordern wird. Diejenigen, die ihn abverlangen, sind jedenfalls auch diejenigen, denen dieser Preis am wenigsten schmerzen wird. Das kann man akzeptieren. Aber es sollte in voller Kenntnis der persönlichen Folgen geschehen: Bei Strom, Mieten, Umlagen, Lebensmittel, Urlaub, Benzin und so weiter und so fort.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

*PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
s
ch
re
ib
t
se
it
vi
el
en*

Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un

g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. De
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr

ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be

rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
.
De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re

r
is
t
üb
er
s
ei
ne
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
un
d
se
in
en
ne
ue
n
Te
le
gr
am
-
Ka
na
l
er
re
ic
hb
ar

